

Hinweise zum Datenschutz

Verantwortlich im Sinne des Datenschutzrecht ist:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin

Telefon: +49-(0)30-44310-0

E-Mail: info@rosalux.org

Internet: www.rosalux.de

Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.:

Daniela Trochowski

Datenschutzbeauftragter:

Anschrift: kpp group GmbH, Berliner Str. 112a, 13189 Berlin

Telefon: +49-(0)30-2067372-0

E-Mail: datenschutz@rosalux.org

Zweckbestimmung der Datenerhebung, -speicherung, -verarbeitung oder -nutzung

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt zum Zweck der Vergabe von Aufträgen aller Art durch den Verantwortlichen. Dazu zählt auch insbesondere die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit von Unternehmen für die Auftragsvergabe nach GWB und VgV, UVgO, VOB und die rechnerische Prüfung von Angeboten.

Ihre Daten werden auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. b) DSGVO (zur Erfüllung eines Vertrags oder vorvertraglicher Maßnahmen) und Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. c) DSGVO (zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung) in Verbindung mit GWB, VgV, UVgO, VOB, BerlAVG verarbeitet.

Zu den Kategorien der verarbeiteten Daten zählen:

Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-

Adresse, Telefonnummer), Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bieters und Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen. Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt.

Empfänger/innen Ihrer Daten oder Kategorien von Empfänger/innen

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

1. Aufgrund gesetzlicher Vorschriften (Vorliegen vorrangiger Rechtsvorschriften) geben wir Ihre Daten ggf. an folgende öffentliche Stellen weiter: das Bundesverwaltungsamt, der Bundesrechnungshof, die Vergabestelle.
2. Weitere Empfänger/innen Ihrer Daten aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung:
 - Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 19 Abs. 1 VOB A (§ 46 Abs. 1 UVgO) über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
 - Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer), sowie Gerichte im Falle von Klagen.
3. Interne Stellen, die an der Ausführung der jeweiligen Ausschreibung beteiligt sind oder zur Abwicklung des Ausschreibungsprozesses erforderlich sind, z. B. Buchhaltung, Rechnungswesen, Einkauf, EDV.
4. Externe Auftragnehmer/innen gem. Art. 28 DSGVO (Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten im Auftrag).
5. Externe Unternehmen, wenn dies erforderlich ist. Beispiele hierfür sind Postdienstleister/innen zur Zustellung von Briefen, Geldinstitute zur Abwicklung von Zahlungen an Sie oder auch Wirtschaftsprüfer/innen.

Eine Übermittlung Ihrer Daten an Drittstaaten ist nicht geplant.

Regelfristen für die Löschung der Daten

Wir speichern Ihre Daten während der Zeit, um die oben dargestellte Zwecke zu erreichen. Allerdings gibt es gesetzliche Vorschriften (z.B. die Abgabenordnung § 147), die uns dazu zwingen bestimmte Unterlagen sechs beziehungsweise zehn Jahre aufzubewahren. Die Speicherdauer richtet sich zudem nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können. Soweit eine gesetzliche Aufbewahrungsvorschrift nicht besteht, werden die Daten gelöscht bzw. vernichtet, wenn sie für die Zweckerreichung nicht mehr erforderlich sind.

Nicht bezuschlagte Angebote speichern wir 10 Jahre.

Ihre Rechte

Unter den Voraussetzungen, die in der DSGVO beschrieben sind, haben Sie ggf. folgende Rechte: ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung, Löschung oder Datenübertragung (Art. 15-20 DSGVO) gegenüber dem Verantwortlichen über die über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten. Sie können darüber hinaus jederzeit ohne Angabe von Gründen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen und die erteilte Einwilligungserklärung mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen, sollte die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung beruhen. Die bis zum Widerruf erfolgte Datenverarbeitung wird davon nicht berührt. Sie können den Widerruf entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax an den/die Vertragspartner/in übermitteln. Es entstehen Ihnen dabei keine anderen Kosten als die Portokosten bzw. die Übermittlungskosten nach den bestehenden Basistarifen. Ferner steht Ihnen jederzeit ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde für Datenschutz gem. Art. 77 DSGVO zu.

Pflicht zur Angabe von Daten

Die Zurverfügungstellung Ihrer Daten ist für das Bearbeiten des Angebotes und in der weiteren Folge zur Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen erforderlich. Wenn Sie

Hinweise zum Datenschutz

die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Angebot bei der Auftragsvergabe nicht berücksichtigt werden.

(Stand: Juni 2022)